



Protokoll der 27. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Dezember 2022, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Benjamin Erni (EVP) und Domenic Schneider (GLP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

://: Das Geschäft «Photovoltaikanlagen auf Perron-Dächern des Bahnhofs» (Interpellation Nr. 2022-144) wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1. | Budget und Jahresprogramm 2023 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Das Jahresprogramm 2023 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2023 einstimmig genehmigt.</i> | 2022-135
2022-135a |
| 2. | Steuerreglement-Teilrevision – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)
<i>://: Die Revision von § 2 des Steuerreglementes wird antragsgemäss einstimmig beschlossen.</i> | 2022-147
2022-147a |
| 3. | Einführung Schulfach Medien und Informatik
<i>://: Die stadtrechtliche Vorlage wird einstimmig an die SBK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2022-151 |
| 4. | Verkehrszunahme Sigmundstrasse – Interpellation «Verkehrszunahme an der Sigmundstrasse» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2022-138 |
| 5. | Sicherheit für Langsamverkehr – Postulat «Sicherheit für den Langsamverkehr im Glindweg – Industriestrasse – Schönthalweg» von Vreni Wunderlin und Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2022-139 |
| 6. | Stellvertretung in Kommissionen – Verfahrenspostulat «Stellvertretungen in Kommissionen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>://: Das Verfahrenspostulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen an das Büro überwiesen.</i> | 2022-140 |

7. Rettungszentrum – Interpellation «Neues Rettungszentrum» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion 2022-141
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
8. Zubringer Gartenstrasse und Schwiriquartier – Interpellation «Zubringer gestattet für Gartenstrasse und Schwiriquartier» von Beat Gräni-cher namens der SVP-Fraktion 2022-148
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
9. Schulsozialarbeit – Interpellation «Schulsozialarbeit» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion 2022-150
Vertagung wegen Zeitmangel.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Ratssitzung im Jahr 2022 willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und dauert bis ca. 20.00 Uhr.
Im Anschluss an die Ratssitzung ladet der Stadtrat zu einem Apéro im Rathaus ein.
- Bis am heutigen Abend sind dem Ratsschreiber die Rückmeldetalons betreffend dem Jahresschlussessen vom 25. Januar 2023 abzugeben.
- Am 10. Juni 2023 wird die Partnergemeinde Waldkirch in Liestal empfangen, wofür auch die Einwohnerratsmitglieder eine Einladung erhalten werden. Die Ratsmitglieder möchten sich dieses Datum bereits jetzt reservieren.

Neue persönliche Vorstösse

- Ungültige Stimmen – Kleine Anfrage «Reduktion der ungültigen Stimmen / Kontaktaufnahme» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-152)
- Signalisation Strassenblockaden – Kleine Anfrage «Signalisation bei kurzfristigen Strassenblockaden» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-153)
- Ladendiebstähle – Interpellation betreffend Zunahme der Ladendiebstähle im Stedtli von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion (Nr. 2022-154)
- Bildungsreglement – Postulat betreffend Änderung des Bildungsreglementes und/oder der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2022-155)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|---|
| - Beat Gränicher (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Sibylle Schenker (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert über einige gute Nachrichten im Zusammenhang mit den SBB-Projekten zum Jahresende: Am 22.12.2022 kann nach längerer Zeit wieder die Unterführung bei der Spitalstrasse eröffnet werden. Der neue Zugang zur Personenunterführung Sichertn ist auf der Bahnhofseite fertig. Auch die Stützmauern beim Sichertnsteg sind erstellt und die Vorarbeiten für den Sichertnsteg sind gemacht. Die Unterführung bei der Gitterlistrasse ist wieder auf beiden Seiten begehbar. Während den Fest- und Weihnachtstagen werden die Arbeiten auf der Baustelle eingestellt.

Stadtrat Daniel Muri verweist auf die am heutigen Morgen verschickte Medienmitteilung bezüglich den beschlossenen Anpassungen der Parkierungsverordnung per 1. Februar 2023. Als markante Änderungen sei die Einführung der neuen Zone D sowie die Verlängerung der Parkzeit im Stedtli von 60 Minuten auf neu 90 Minuten speziell erwähnt. Die Zahlen der Parkergebühren-Einnahmen 2022 werden im Zusammenhang mit der Rechnung präsentiert.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass Benjamin Erni (EVP) den Antrag auf die Absetzung des Traktandum Nr. 8 bzw. der Interpellation «Photovoltaikanlagen auf Perron-Dächern des Bahnhofs» (Nr. 2022-144) stellt, da er sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Photovoltaikanlagen auf Perron-Dächern des Bahnhofs» (Interpellation Nr. 2022-144) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass zur Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 7. Dezember 2022 mit der vorgängig beschlossenen Änderung einstimmig beschlossen.

226 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Budget und Jahresprogramm 2023 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2022-135)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert über den Ablauf:

1. Eintreten

2. FIKO-Bericht (Nr. 2022-135a)

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht zur Diskussion gestellt wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2022-135a)

Anita Baumgartner (GL) informiert als FIKO-Präsidentin über die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes: Sie darf erstmals einen Kommissionsbericht zu einem Budget vorstellen. Die FIKO konnte dieses Jahr doch ein erfreuliches Budget mit einer roten Null zur Kenntnis nehmen, was doch Hoffnung auf eine Besserung der Finanzlage von Liestal macht. Der Aufwandüberschuss beträgt CHF 51'036 und der Grund des doch guten Ergebnisses ist primär bei den einmaligen Sondereffekten zu verorten. Diesbezüglich sei speziell der erwartete einmalige Mehrertrag aus Infrastrukturabgaben von 2,3 Mio. Frank erwähnt. Trotz den höheren Steuereinnahmen, namentlich bei den natürlichen Personen, dem Minderaufwand in der Sozialhilfe und im Asylwesen der ordentliche Aufwand im kommenden Jahr grösser ist als der ordentliche Ertrag. Daran wird jedoch auch die angestossene Aufgabenüberprüfung nicht viel ändern. Die FIKO wurde vom Stadtrat über die verschiedenen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung, die diesbezüglich eingestellten Budget-Positionen sowie die weiteren angedenkten Umsetzungen informiert. Die Aufgabenüberprüfung geht in die richtige Richtung und daran muss festgehalten werden, will man das langfristige Ziel des Stadtrates mit einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von jährlich mehr als 3 Mio. Franken erreichen. Dieser Überschuss ist nötig, um die Investitionen in der Zukunft mit eigenen Mitteln finanzieren zu können. Für das Jahr 2023 sind wiederum höhere Investitionen geplant, wovon der grösste Anteil wiederum auf den Vierspurausbau beim Bahnhof zurückzuführen ist. Was im Budget noch nicht berücksichtigt ist, ist der Nachtragskredit von 2 Mio. Franken für die Sanierung des Gestadeck-Schulhauses. Hinsichtlich der FIKO-Anträge kann festgehalten werden, dass vom Stadtrat der beantragte Teuerungsausgleich von 2,5 % im Budget eingestellt ist, was die FIKO

ebenfalls unterstützt. Auf die Anfrage aus der FIKO ist vom Stadtrat der Antrag für eine Realloohnerhöhung im Umfang des Landratsbeschlusses für das Staatspersonal gestellt worden. Die FIKO unterstützt diesen Antrag ebenfalls, beantragt aber die Plafonierung auf max. 0,5 %, doch die Realloohnerhöhung von 0,5 % entspricht nun auch dem Landratsentscheid. Hinsichtlich des Antrags der FDP-Fraktion für eine Reduktion des Steuerfusses bei den juristischen Personen auf 50 % folgt die FIKO dem Antrag des Stadtrates mit einem Steuerfuss von 55 %, welcher somit unverändert bleiben soll. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das vorliegende Budget als ein Schritt in die richtige Richtung erachtet wird. Die FIKO konnte sich an den Kommissionssitzungen davon überzeugen, dass sich der Stadtrat der finanziellen Lage Liestals bewusst ist und dieser die anstehenden Anforderungen auch entsprechend angeht. Sie dankt allen Beteiligten, welche bei der Erarbeitung und auch Vorberatung des Budget 2023 mitgearbeitet haben.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die Blumen der FIKO sowie den ausgezeichneten Kommissionsbericht, welcher wegen dem engen Terminplan innert kurzer Zeit verfasst werden musste. Vor einem Jahr war man bei den Budget-Zahlen 2022 doch allgemein recht frustriert und bei den aktuellen Budget- und Entwicklungsplanzahlen ist doch eine Verbesserung am Horizont spürbar. Die Wachstumsstrategie scheint nun doch zu greifen, doch muss weiterhin vorsichtig mit dem Geld umgegangen werden. Die Zahlenberge des Budget 2022 sind ja schlussendlich nichts anderes als die Quantifizierung der strategischen Handlungsfelder für das nächste Jahr, welche jährlich angepasst werden. Trotz erfreulichen Sondereffekten ist das Budget-Ergebnis immer noch in den roten Zahlen, doch sind diese immer noch besser, als man sie in den Zeiten der Corona-Pandemie erwarten konnte. Das Umfeld auf der wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Seite ist aber höchst unsicher, doch glücklicherweise konnte beispielsweise die Verzinsung eines Grossteils des Fremdkapitals mit günstigen Konditionen angebunden werden. Bezüglich dem beantragten Nachtragskredit für die Sanierung des Gestadeck-Schulhauses möchte er präzisierend festhalten, dass dieser keine Folgen für die Erfolgsrechnung hat. Die Schulden werden jedoch zunehmen und nach Abschluss der Bauarbeiten hinsichtlich der Abschreibungen und Zinszahlungen finanzwirksam, was sich verzögernd auf die Erfolgsrechnung auswirken wird. Im nächsten Jahr wird mit einem Finanzausgleichsbetrag von rund 2,5 Mio. Franken gerechnet, doch so wie es aussieht, könnte Liestal ab 2023 wegen der Steuerkraftherhöhung zu einer Gebergemeinde werden. Bei den Ertragssteuern wird es 2025 zu einer weiteren Senkung kommen und die diesbezüglichen Steuerausfälle werden sich auf rund 8,5 Mio. Franken belaufen, sofern sich die Bemessungsgrundlagen nicht wesentlich ändern und der Steuerfuss 55 % beträgt. Bei den Kapital- und Sondersteuern ist mit keinen grösseren Abweichungen zu rechnen. Das Fehlen der „Sondersteuer“ sowie die falschen Ansätze bei der „Feuerwehr-Ersatzabgaben“ bei den stadträtlichen Anträgen möchte er sich an dieser Stelle nochmals entschuldigen.

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Bruno Imsand (FDP) führt aus, dass wir heute den kürzesten Tag oder die längste Nacht des Jahres haben. Die Verzweiflung bei den letzten Budget-Beratungen war doch sehr gross und hinsichtlich dem Budget 2022 kann man nun doch hoffen, dass die Tage länger werden bzw. dass sich bezüglich den Gemeindefinanzen ein Trend nach oben abzeichnen wird. Der Weg wird weiterhin nicht einfach sein und es müssen noch viele Hindernisse überwunden werden. Erfreulich ist aber doch, dass die Massnahmen in den Sozialen Diensten mit der Fallführung eine deutliche Verbesserung mit sich bringen. Und auch die Aufgabenüberprüfung hat zu ersten positiven Resultaten geführt, doch auch die FDP-Fraktion unterstützt die Weiterverfolgung weiterer Massnahmen. Der Kostenanstieg im Bildungsbereich ist erheblich, hingegen sind diese als Investitionen in die Zukunft zu betrachten, welche nicht immer in Frankenbeträgen abgewogen werden können. Man hat volles Vertrauen in die SBK-Kommission, welche dafür

schauf, dass das Geld optimal eingesetzt wird und Optimierungspotenzial ist sicher da und dort noch vorhanden. Seine Fraktion stimmt allen Anträgen des Stadtrates und der FIKO zu, mit Ausnahme des Steuerfusses für die juristischen Personen, welche seine Fraktion gemäss Antrag senken möchte.

Michael Durrer (GL) merkt an, dass auch die Grüne Fraktion erfreut über das Budget-Ergebnis ist, da doch ein schlechteres Resultat erwartet wurde. Zum guten Ergebnis haben einmal mehr Sondereffekte beigetragen und deshalb darf man wohl noch nicht zu fest in Euphorie verfallen, doch darf man sicher verhalten optimistisch sein. Die Steuerreform SV17 werden wir noch lange spüren und weitere Steuerrevisionen des Kantons bedingen weitere Herausforderungen an die Gemeinden. Auch seine Fraktion unterstützt die stadträtlichen Massnahmen im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung. Bezüglich der beantragten Realloohnerhöhung ist man grundsätzlich der Meinung, dass man den Entscheidungen des Kantons für das Staatspersonal in guten und auch schlechten Zeiten folgen sollte, obwohl man dies in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der letzten Teuerungszulage des Kantons im 2021 auch nicht getan hatte.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass die SVP-Fraktion eigentlich nichts mehr viel zur Diskussion beitragen kann, da im FIKO-Bericht die wichtigsten Punkte festgehalten sind und das Wesentliche bereits schon gesagt wurde. Auch seine Fraktion freut sich über das doch gute Budget-Resultat, hatte es doch in den letzten zwei Jahren nicht gerade gut ausgesehen. Von einer Trendwende möchte er aber heute noch nicht reden. Auch in Zukunft müssen wir aufpassen, dass die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen. Mit der Aufgabenüberprüfung sollten noch Verbesserungen möglich sein. Seine Fraktion wird ebenfalls allen Anträgen zustimmen. Bei der Realloohnerhöhung befürwortet man eine Gleichstellung der Staatsangestellten des Kantons und den Angestellten der Stadt Liestal. Den FDP-Antrag bezüglich den Steuern für juristische Personen wird man nicht unterstützen, da wohl keine Firma nach Liestal ziehen wird, nur weil sie ein paar Steuerprocente weniger bezahlen müsste. Zudem möchte man davor warnen, dass sich die Gemeinden untereinander bezüglich den Steuern für juristische Personen konkurrenzieren.

Alexandra Muheim (SP) dankt namens der SP-Fraktion für den guten und umfassenden FIKO-Bericht. Es ist erfreulich, dass die Aufgabenüberprüfung so gut funktioniert und dass das Budget-Resultat besser ist, als man es in den letzten Jahren erwarten durfte. Lobenswert ist es ebenfalls, dass man trotz der schwierigen finanziellen Situation noch Investitionen in die Infrastrukturen tätigt. Die SP-Fraktion unterstützt die FIKO-Anträge und den Antrag der FDP-Fraktion wird man ablehnen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält fest, dass er sich kurz zum Budget äussern wird, da sich die beiden FIKO-Mitglieder der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion krankheitsbedingt für die heutige Sitzung entschuldigen lassen mussten. Für das formal doch sehr gute Budget 2023 möchte man ebenfalls danken. Dass das Budget inhaltlich wiederum nicht so gut ist, dafür trägt der Stadtrat keine Schuld. Immerhin haben sich die Befürchtungen bezüglich dem Budget-Schlussresultat nicht bewahrheitet. Der weitere Schuldenaufbau ist langfristig keine Lösung, was uns die Schuldzinsenbelastung künftige stärker belasten dürfte, da die Phase der tiefen Zinsen nun doch definitive vorbei ist. Die Anträge der FIKO werden unterstützt und die transparente Darstellung der FIKO-Abstimmungsergebnisse im Kommissionsbericht wird begrüsst.

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

Jahresprogramm 2023

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2023 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Steuerfüsse und Abwasserbenützungsgebühr 2023

Bruno Imsand (FDP) nimmt Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion für einen Steuerfuss für die Ertrags-, Kapital- und Sondersteuer Juristischer Personen von 50 % und stellt fest, dass gemäss seinen Abklärungen lediglich Arlesheim keinen Steuerfuss von 55 % hat. Im Entwicklungsplan der Stadt Liestal werden verschiedene Zielsetzungen definiert, welche wohl kaum erreicht werden können, wenn sich Liestal nicht von den umliegenden Gemeinden abhebt. Klar bietet Liestal heute schon viel. Als Kantonshauptort haben wir verschiedene Arbeitsstellen und auch Grossbanken, die es für eine Geschäftseröffnung und -führung braucht. Die ÖV-Anschlüsse sind gut und werden mit dem Bahnhofsusbau noch besser. Auch werden alle Schulen bis zur Matur angeboten und wir verfügen über ein umfassendes Angebot im Gesundheitswesen. Doch haben wir auf der anderen Seite viele Arbeitsplätze in Liestal, welche keine Steuern generieren, so beispielsweise die kantonalen Verwaltungen, die Spitäler und die Kantonbank. Wegen all diesen weichen Faktoren kommt aber eine Firma nicht unbedingt nach Liestal und so muss etwas angeboten werden, was zählt und berechnet werden kann. Und der Steuersatz ist ein harter Faktor. Und wenn im ganzen Kanton schon ein einheitlicher Steuerfuss für die juristischen Personen existiert, gibt dies der Stadt Liestal eine Chance, um sich bei neuen Firmen mit einem tieferen Steuerfuss vorteilhaft präsentieren zu können. Unternehmen riskieren mit eigenem Geld und Knowhow etwas und dies sollte nun Liestal ebenfalls tun, indem man den Steuerfuss tiefer ansetzt als übrige Gemeinden. Der Antrag der FDP-Fraktion sollte doch noch einmal gut überdenkt und ein mutiger Schritt gemacht werden, indem man sich mit einem Steuerfuss von 50 % von anderen Gemeinden abhebt. Und wenn eine Firma weniger Steuern bezahlen muss, kann sie beispielsweise ihren Angestellten auch mehr Lohn zahlen. Auch ist es nicht ein Entscheid, welcher für die Ewigkeit, sondern lediglich für das Jahr 2023 gefällt wird.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass sich jetzt und nicht erst beim Thema „Anträge“ die Ratsmitglieder zum Antrag der FDP-Fraktion äussern möchten.

Anita Baumgartner (GL) führt aus, dass sie sich als FIKO-Präsidentin zum FDP-Gegenantrag nicht mehr äussern möchte.

Stadtpräsident Daniel Spinnler gibt zu bedenken, dass man mit der Zustimmung des FDP-Antrages durchaus einen mutigen Schritt wagen kann. Wie bereits vorgängig erwähnt, werden die juristischen Personen im 2025 nochmals eine Steuererleichterung erfahren und die Beibehaltung des Steuerfusses von 55 % ist ein logischer Schritt, um die Finanzen im Griff behalten zu können. Denn diese Steuereinnahmen werden für die Zahlung der Infrastrukturen, Löhne usw. benötigt. Und wenn man in ein paar Jahren mehr bezüglich den Arealentwicklungen und ihren Folgen weiss, so kann man gegebenenfalls immer noch über eine Steuerreduktion für die juristischen Personen diskutieren, obwohl diese in den letzten Jahren hinsichtlich der Steuerzahlungen stark entlastet wurden. Aus diesem Grund möchte der Stadtrat kein „Lex Liestal“ einführen, weshalb er an seinem Antrag für einen Steuerfuss von 55 % festhält.

Stefan Fraefel (Mitte) hält als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass Steuersenkungen für diejenigen ja toll sind, die weniger zahlen müssen, für das Gemeinwesen hingegen nicht. Seine Fraktion ist der Meinung, dass es angesichts der aktuellen Lage keinerlei Raum für Steuerreduktionen hat. Die juristischen Personen haben in der Vergangenheit bereits Steuerentlastungen bekommen und werden weitere Steuerreduktionen im Jahr 2025 erfahren, was schlussendlich rund 1/3 weniger an Steuereinnahmen bei den juristischen Personen ausmacht. Man stelle sich vor, dass auch die Steuereinnahmen der natürlichen Personen um 1/3 zurückgehen würden. Wenn Liestal nun mit einer weiteren Steuerreduktion einen interkantonalen Steuerwettbewerb lancieren möchte, so dürfte das kritisch werden. Und mit der Gutheissung des FDP-Antrages dürfte wohl kein neuer potenter Steuerzahler mehr nach Liestal kommen, da die Steuerentlastung im Vergleich mit anderen Gemeinden ja unwesentlich wäre. Liestal ist auch mit einem Steuerfuss von 55 % und seinen heutigen Rahmenbedingungen bereits attraktiv genug. Denn selbst wenn Lauwil, Roggenburg usw. ihren Steuerfuss beispielsweise auf 40 % reduzieren würden, wird sich wohl kein Grossunternehmen dort niederlassen. Und, dass keine grösseren Firmen nicht nach Liestal ziehen, dürfte wohl damit zusammenhängen, dass wir für solche schlichtweg keine genügend grossen Flächen zur Verfügung stellen können. Seine Fraktion wird den FDP-Antrag ablehnen, da Steuergeschenke nicht als verantwortungsvoll betrachtet werden.

Peter Küng (SP) votiert als SP-Fraktionssprecher, dass die juristischen Personen in den letzten Jahren doch sehr stark von der Steuerreform profitieren konnten und seit der SV17 rund 50 % weniger Steuern bezahlen, was für Liestal Mindereinnahmen von rund 3 Mio. Franken bedeutet. Auf Kantonebene bewegt sich der Kanton BL beinahe auf dem Niveau des Kanton Zug. Das strukturelle Defizit von Liestal von 2,5 bis 3 Mio. Franken dürfte damit auch auf die ausfallenden Steuererträge bei den juristischen Personen zurückgeführt werden. Mit dem Antrag der FDP wird doch sehr stark Klientel-Politik gemacht und wenn dann schon finanzielle Entlastungen ermöglicht werden sollen, sollte dies wohl eher bei einem anderen Klientel passieren. Seine Fraktion wird den FDP-Antrag ablehnen.

Thomas Eugster (FDP) meint als Einzelsprecher, dass man von der ganzen Neid-Diskussion wegkommen sollte und vielmehr die Chancen und Fakten anschauen sollte. Wenn man alle Steuerrevisionen betrachtet, so hat das Steuersubstrat der juristischen Personen doch immer signifikant zugenommen, weshalb die Steuern der juristischen Personen in der Schweiz trotz Steuerreformen per Saldo immer zugenommen hatten. Natürlich ist dies innerhalb der Schweiz nicht immer gleich verteilt und deshalb ist es wichtig, dass man attraktiv ist und von der Verteilung profitieren kann. Im Stedtli Liestal können mehrere Geschäftslokale im ersten Obergeschoss und darüber seit längerer Zeit nicht mehr vermietet werden und es braucht nicht immer riesige Flächen, um zusätzliche Firmen gewinnen zu können. Liestal muss aber ein Zeichen setzen und diese Chance könnte mit einem attraktiveren Steuersatz gegenüber anderen Gemeinden genutzt werden, wofür nun jetzt der richtige Zeitpunkt wäre. Denn wenn das Steuersubstrat bei den juristischen Personen nur um gerade einmal 10 Prozent zunimmt, würden die Steuermindereinnahmen wegen eines tieferen Steuersatzes bereits kompensiert.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass die Attraktivität Liestals wohl nicht alleine von den Steuerfüssen abhängt und er doch einige positive Standortfaktoren von Liestal erwähnen möchte, denn die Firma Bachem hat sich beispielsweise nicht wegen tieferen Steueransätzen, sondern wegen günstigeren Landpreisen für einen anderen Standort entschieden. Unternehmungen mit hochqualifizierten Arbeitskräften in Liestal begründen ihren Standort in Liestal oftmals mit den sehr guten Verkehrsanbindungen und sonstigen Vorteilen, doch der Steuerfuss ist meist nicht das wichtigste Kriterium. Im Entwicklungsplan wird vom Stadtrat auch klar gesagt, dass man in der Breite wachsen möchte und das Steuersubstrat von möglichst vielen Steuerzahlern generieren möchte. Den grössten Hebel dazu dürfte man bei den Arealentwicklungen mit guten Nutzungen und einem guten Mix haben. Und nicht vergessen werden darf, dass Liestal doch auch von grösseren Quellensteuern-Einnahmen von rund 1,8 Mio. Franken profitieren kann, welche von Grenzgängern aus dem Ausland erhoben werden. Liestal ist

bestimmt ein sehr guter Standort für Unternehmungen und wir müssen unsere Qualitäten und Vorteile künftig noch besser hinausstreichen.

Vreni Wunderlin (GLP) hält fest, dass auch die Tiba AG von Bubendorf nach Liestal gezügelt ist, was ebenfalls auf die guten Verkehrsanbindungen in Liestal zurückzuführen ist.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) kann feststellen, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden. Vor den Abstimmungen wird sie jeweils darüber informieren, über welche Anträge abgestimmt wird.

://: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen wird einstimmig auf 65 % festgelegt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass in der stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-135 die „Sondersteuer“ fälschlicherweise vergessen wurde, was mit dem FIKO-Antrag korrigiert wurde. Nun wird auch über den Einzelantrag der FDP-Fraktion gemäss Vorlage Nr. 2022-135b in einer Ausmehrung abgestimmt.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO für die Festlegung des Steuerfusses für die Ertrags-, Kapital- und Sondersteuer für Juristische Personen auf 55 % stimmen 29 Ratsmitglieder zu.
Dem Antrag der FDP-Fraktion für einen Steuerfuss für die Ertrags-, Kapital- und Sondersteuer für Juristische Personen von 50 % stimmen 9 Ratsmitglieder zu.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum nächsten Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO betreffend der Abwassergebühren-Festlegung abstimmen lässt.

://: Einstimmig wird die Abwasserbenützungsgebühr auf CHF 2.27/m³ inkl. 8.1 % MWST festgelegt.

Feuerwehr-Ersatzabgabe / Wasserbezug-, Kehrichtsack- und Hundehaltungsgebühren

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass sich im stadträtlichen Antrag betreffend den Feuerwehr-Ersatzabgaben falsche Zahlen eingeschlichen haben und der Stadtrat den FIKO-Antrag mit den richtigen Zahlen unterstützen kann. Die Mehrwertsteuererhöhung ist nicht nur beim Abwasser, sondern auch beim Wasser und Kehricht eingetroffen, wobei diese teilweise so geringfügig waren, dass man die bisherigen Gebühren belässt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie deshalb nun über FIKO-Antrag abstimmen lässt.

://: Von der Feuerwehr-Ersatzabgabe von 0.4 % des steuerbaren Einkommens mit einem Minimum von CHF 100.-- sowie einem Maximum von CHF 1'000.--, der Wasserbezugsgebühr von CHF 1.74/m³ (inkl. 2.6 % MWST); der Kehrichtsackgebühr von CHF 2.-- (inkl. 8.1 % MWST) sowie der Hunde-Gebühr von CHF 100.--, der Hunde-Einschreibegebühr von CHF 50.-- sowie der Hunde-Bearbeitungsgebühr von CHF 50.-- wird einstimmig Kenntnis genommen.

Teuerungsausgleich

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und gemäss Landratsbeschluss vom 1. Dezember 2022 der Teuerungsausgleich von 2.5 % für das Jahr 2023 beschlossen.

Realloohnerhöhung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass vom Landrat eine Realloohnerhöhung von 0.5 % beschlossen wurde und somit sind die beiden Anträge des Stadtrates sowie der FIKO deckungsgleich.

Stefan Fraefel (Die Mitte) äussert, dass die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion von den beantragten Lohnerhöhungen doch etwas überrascht ist. Auch seine Fraktion möchte dem Personal gerne mehr Lohn zahlen und ebenfalls möchte man den juristischen Personen weniger Steuern zumuten, doch stellt sich immer die Frage, ob dies dann auch vertretbar ist. Es wird immer wieder gesagt, dass die Gemeinden und auch die Stadt Liestal immer die kantonalen Anpassungen übernehmen. Als der Kanton aber in früheren Jahren im Zusammenhang mit Sparmassnahmen eine Reallohnsenkung von 1 % beschlossen hatte, wurde dieser kantonale Entscheid von Liestal nicht übernommen und somit ist man doch nicht konsequent. Liestal ist angesichts der finanziellen Situation aktuell nicht in der Lage, eine Realloohnerhöhung zu gewähren, um die wertvolle Arbeit seiner Mitarbeitenden honorieren zu können. Auch würde es zu einer Ungleichbehandlung führen, wenn die Lehrerschaft auf eine Lohnerhöhung gemäss kantonalen Regelung zählen darf und das übrige Personal nicht. Es ist insofern ein gewisses Dilemma und man sieht gewisse Sachzwänge, weshalb man die beantragte Realloohnerhöhung unterstützen wird. Doch möchte man mit auf den Weg geben, dass diese Leistung in einem Zeitpunkt erbracht wird, in welchem sich Liestal dies eigentlich nicht leisten kann. Diese Realloohnerhöhung wird zu einem Mehraufwand von jährlich rund TCHF 100 führen, was in etwa 1 Vollzeitstelle entspricht. Und wenn sich Liestal finanziell nicht so erholen sollte, wie man sich dies erhofft, so würde sich dann die Frage schon stellen, ob Lohn- oder Stellenkürzungen nötig wären oder ob man diese TCHF 100 anderswo einsparen müsste.

Stadtpräsident Daniel Spinnler legt dar, dass der Stadtrat doch sehr konsequent ist. Er möchte daran erinnern, dass im letzten Jahr die -0,05 % Teuerungszulage von Liestal auch nicht übernommen wurde, da die Einsparungen in keinem Verhältnis zum ganzen Ärger und administrativen Mehraufwand gestanden wären. Auch wurde die erwähnte Reallohnsenkung des Kantons von 1 % nicht nachvollzogen, da diese der damaligen Teuerung entsprochenen hatte. Der stadträtliche Antrag ist im Budget nicht abgedruckt und in der FIKO nach einem Gespräch mit der Personalkommission nachträglich eingereicht worden, da die Realloohnerhöhung angesichts der erbrachten Leistungen durchaus angemessen sind. Festhalten möchte er zudem, dass der Fachkräftemangel nicht nur in der Privatwirtschaft vorhanden ist und beispielsweise auch Verwaltungsangestellte abgeworben werden, was halt auch mit höheren Löhnen argumentiert wird. Es ist deshalb wichtig, dass auch Liestal adäquate Löhne zahlen kann, damit es nicht zu Ungleichstellungen kommt und die Stadt Liestal auch weiterhin auf motiviertes und gutes Personal zählen kann. Der stadträtliche Antrag wird im Sinne der Prozesseffizienz zurückgezogen, da dieser faktisch dem FIKO-Antrag entspricht.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über den FIKO-Antrag abstimmen lässt.

://: Der FIKO-Antrag für eine Realloohnerhöhung von 0.5 % für das Verwaltungspersonal wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (GL) kann feststellen, dass bezüglich der identischen Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Erfolgsrechnung sowie die Investitionen gemäss 5. Antrag des Budget 2023 des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser stellt fest, dass zum Budget 2023 keine weiteren Wortbegehren angemeldet sowie Anträge gestellt werden.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2023 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-135 mit Berücksichtigung der vorgängig gefällten Entscheide einstimmig genehmigt.

227 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Steuerreglement-Teilrevision – Bericht Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Teilrevision von Steuerreglement (Nr. 2022-147)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt als Kommissionspräsident den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-147a kurz vor: Bei der Reglementsrevision geht es um formale Anpassungen an das kantonale Steuergesetz. Es werden die rechtlichen Grundlagen hinsichtlich der Festlegung von Steuerfüssen für die Besteuerung juristischer Personen geschaffen. Auch bei einer Ablehnung der beantragten Reglementsrevision würde das kantonale Recht gelten, weshalb auch die GOR den formalen Anpassungen bei unserem Steuerreglement zustimmen kann.

Daniel Schwörer (FDP) informiert, dass die FDP-Fraktion der Reglementsrevision zustimmen wird. Die stadträtliche Vorlage war nicht vollständig begründet, denn früher war es so, dass die Kapitalsteuer an die Ertragssteuer angerechnet werden konnte. Das kantonale Recht sieht diese Anrechnungsmöglichkeit auch nicht mehr vor und mit der Reglementsrevision wird die Anpassung an das kantonale Recht vorgenommen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler stimmt den beiden vorgängigen Voten zu und hält fest, dass die neue reglementarische Bestimmung ja bereits bei der vorgängigen Budget-Beschlussfassung angewendet wurde.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die GOR beantragt dem Einwohnerrat die stadträtliche Vorlage Nr. 2022-147 unverändert zu genehmigen.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat die Teilrevision von § 2 des Steuerreglements (ESL 331.1) gemäss Synopse der Vorlage Nr. 2022-147.

228 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Schulfach Medien und Informatik (Nr. 2022-151)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Kommission Soziales/Bildung/Kultur (SBK) zur Vorberatung vor.

Eva Eugster (FDP) bemerkt als FDP-Fraktionssprecherin, dass wir ins um Zeitalter der Digitalisierung befinden, was auch im modernen Schulunterricht spürbar ist. Das Schulfach Medien und Informatik (M&I) wird mit einer Wochenlektion ab der 5. Primarschulklasse im Schuljahr 2023/2024 eingeführt. Damit die vorgegebenen Kompetenzen erreicht werden können, braucht es als Standard pro Schülerin oder Schüler 1 Gerät mit einer Tastatur. Diese Geräte werden nicht nur im M&I-Unterricht, sondern auch in allen anderen Fächern genutzt und integriert. Kompetenzen wie Mediennutzung, Datensicherung usw. werden täglich geübt und angewendet. Diese Geräte werden täglich für mehrere Stunden im Einsatz sein. Diese werden geleast und können nach vier Jahren übernommen werden. Ihre Fraktion wird der Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die SBK zustimmen.

Séverin Salathe (SP) hält als Sprecherin der SP-Fraktion ergänzend zum vorgängigen Votum fest, dass es auch in unserer Verantwortung liegt, dass die Kinder in der digitalen Welt klar kommen. Sie selbst kann dies ihren Kindern zwar ermöglichen, doch diese Chancengleichheit und Ressourcen haben nicht alle Eltern. In ihrer Fraktion sind einige Pro- und Contra-Punkte diskutiert worden, welche in der SBK-Beratung sicher auch noch thematisiert werden müssen. Ihre Fraktion befürwortet eine Vorberatung des Geschäfts in der SBK.

Natalie Oberholzer (GL) informiert als Sprecherin der Grünen Fraktion darüber, dass die Vorlage in ihrer Fraktion intensiv diskutiert wurde. M&I ist an den Schulen ein Thema und die Medienkompetenz soll gefördert werden, wobei das Alter der Schüler mitzuberücksichtigen ist. Sie möchte deshalb etwas ausführlicher die Gründe gegen eine 1:1-Ausrüstung darlegen. M&I soll zu Recht als Schulfach auf Primarstufe eingeführt werden. Dazu braucht es eine gewisse technologische Grundausstattung. Im Leitfaden empfiehlt der Kanton eine 1:1-Ausrüstung schon ab der 3. Primarstufe. Für ihre Fraktion ist dies aber zu viel und auch zu früh. Die hohen finanziellen Kosten wie auch andere Konsequenzen von einer solchen 1:1-Ausstattung müssen von der SBK zwingend nochmals genauer angeschaut werden. Im Konzept der Stadt Liestal heisst es, dass das längerfristige Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler sinnvoll mit Medien umgehen können und die damit verbundenen neuen Technologien sinnvoll und altersgerecht eingesetzt werden. Was heisst aber sinnvoll und altersgerecht? Sinn macht der Einsatz digitaler Medien erst, wenn genügend Medienkompetenz vorhanden ist. Und zur Medienkompetenz gehören nicht nur technische Anwendungskompetenzen, sondern auch Gespräche über Medienumgang, kritische Reflexion von Medieninhalten, verantwortungsvoller Umgang mit Medien, massvoller Medienumgang und Medienverständnis. Erst wenn diese Kompetenzen vorhanden ist, macht es Sinn, den Schülern ein eigenes Gerät zu überlassen. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass digitale Medien in den unteren Klassen nur sehr sparsam und altersgerecht eingesetzt werden sollten. Ein eigenes Gerät pro Kind auf Primarstufe macht weder pädagogisch, noch gesundheitlich und auch finanziell keinen Sinn. Dazu gibt es viele Gründe. Ein Grund ist die Bildschirmzeit. Kinder- und Medienpsychologen, Pro Juventute, Krankenkassen etc. warnen vor gesundheitlichen Schäden wegen zu langer Bildschirmzeit. Je nach Alter wird eine halbe bis max. 1.5 Stunden pro Tag auf Primarstufe empfohlen. Denn zu viel Bildschirmzeit bewirkt bei Kindern vermehrt Kurzsichtigkeit, Fettleibigkeit, Bewegungsarmut, Aufmerksamkeitsstörungen, Haltungsschäden etc. Wenn also die empfohlene Bildschirmzeit eingehalten werden soll, wäre eine 1:1-Ausstattung völlig überdimensioniert. Mit einem eigenen Gerät für jedes Kind setzt die Schule auch ein völlig falsches Signal und unterläuft die Erziehungsregeln vieler Eltern, denen eine eingeschränkte Bildschirmzeit sehr wichtig ist. Das birgt grosses Konfliktpotential zwischen Schule und Erziehungsberechtigten, was der

Kanton selber in seinem Leitfaden zugeben muss. Es braucht also im Konzept der Stadt sicher konkrete Angaben, wie die Tablet-Nutzung stundenmässig aussehen soll. Ein weiterer wichtiger Grund ist der fragliche pädagogische Nutzen auf dieser Altersstufe. Im Konzept finden wir keine Antwort, die eine 1:1-Ausstattung pädagogisch begründen würde. Und wo sind die Forschungsergebnisse, die zeigen, dass mit digitalen Medien effizienter, produktiver und effektiver gelernt wird? Wir wissen alle, dass der entscheidende Faktor für einen Lernerfolg die Beziehung zwischen Lehrperson und Kind ist und nicht zwischen der Maschine und dem Menschen. Uns fehlen im Konzept auch Antworten, wie denn der pädagogische Support und ein pädagogisches Konzept konkret aussehen würde. Stattdessen ist im Konzept vor allem der technische Support sehr ausführlich beschrieben. Andere Kantone empfehlen aus gutem Grund auf Primarstufe keine 1:1-Ausstattung. In der Handreichung zur Informations- und Kommunikationstechnologie an der Volksschule des Kantons Aargau vom Juli 2022 empfehlen sie beispielsweise als einfachen Standard eine 1:4-Ausstattung für die gesamte Primarstufe. Zudem wird erwähnt, dass damit die Lehrplanvorgaben zu M&I ohne Probleme erreicht werden können. Als hoher Standard empfehlen sie höchstensfalls eine 1:2-Ausstattung. Diese Empfehlung ist auch beim Kanton Zürich, St. Gallen und weiteren Kantonen zu finden. Baselland geht da sehr offensiv vor. Und man fragt sich schon, ob dies im Interesse der Kinder, der Gerätehersteller oder der technischen Supporter getan wird. Die Ressourcen-Verschwendung ist ein weiterer wichtiger Punkt, welcher gegen eine 1:1-Ausstattung spricht. Alle Primarschülerinnen und Primarschüler mit eigenen Geräten auszustatten, die dann die meiste Zeit im Schrank parkiert sind und nach 5 Jahren im Elektroschrott landen ist pure Ressourcen- und damit auch Geldverschwendung. Für eine nachhaltige Entwicklung, müssen wir auch teilen oder auf neudeutsch «sharing economy» in der Schule vorleben. Wir dürfen nicht vergessen, auch die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist ein Teil vom Lehrplan21, welcher umzusetzen ist. Die SBK wird deshalb gebeten, die 1:1-Ausstattung nochmals fundiert zu überprüfen und eine Reduzierung der Ausstattung anzustreben, damit die mobilen Geräte nicht zu früh und nicht zu viel zum Schaden der Kinder, der Umwelt und der Stadtkasse eingesetzt werden. Die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die SBK wird von ihrer Fraktion unterstützt.

Denise Meyer (SVP) äussert als SVP-Fraktionssprecherin, dass ihr die Vorrednerin doch aus dem Herz gesprochen hat. Das Geschäft ist auch in ihrer Fraktion eingehend diskutiert worden. Viele Eltern dürften keine Freude daran haben, dass schon 8-jährige Kinder mit solchen elektronischen Geräten herumlaufen. Die SVP-Fraktion spricht sich ebenfalls für eine Vorberatung in der SBK aus und möchte in der Kommissionsberatung noch verschiedene Punkte genauer anschauen.

Vreni Wunderlin (GLP) legt als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion dar, dass auch in ihrer Fraktion verschiedene Fragen diskutiert wurden, welche man der SBK mitgeben möchte. Im Bildungsbereich soll man ja nicht sparen, doch ist es gut, wenn man in der 3. Klasse schon ein iPad erhält? Wie sorgfältig werden diese Geräte behandelt? Ist es für die Lehrpersonen eine Zusatzbelastung oder eine gewinnbringende Erleichterung? Wie werden Kinder unterstützt, deren Eltern keine oder zu wenige IT-Kenntnisse haben?

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert, dass sich nun noch Einzelsprecher melden können. Eine Vorberatung durch die SBK ist anzunehmen und so möchte man an der heutigen Sitzung auf eine Kommissionsdebatte verzichten. Man möchte nun deshalb diejenigen Punkte erwähnen, welche von der SBK noch geklärt werden sollten.

Albert Siegwart (GL) meint, dass ihm Kinder in Primarschulklassen mit einer iPad-Ausstattung einfach nur leidtun würden. Wenn dies so nach dem Tierschutzgesetz umgesetzt wird, würde man von keiner artgerechten Haltung sprechen. Ein bekannter Kinderarzt sagt ganz grundsätzlich, dass wir Erwachsene das Gefühl dafür verloren haben, was Kinder eigentlich wollen. Kinder spielen nicht allein, sondern mit anderen Kindern. Kinder haben heute eine Entbehrung bezüglich der Natur, dem Spiel mit anderen usw. Nun sollen die Kinder hinter ihre iPads hocken und wir hoffen, dass etwas besser wird, zumal die Bildschirmzeit wohl noch massiv länger wird, welche gemäss Empfehlungen in diesem Alter maximal 1 Stunde pro Woche betragen

sollte, was ja sehr oft schon heute nicht eingehalten wird. Nun will man mit Primarschülern einen Vertrag abschliessen und diesen ein iPad mit nach Hause geben. Und dies, obwohl gerade sozial benachteiligte Kinder beim Hausaufgaben machen mit den iPads vermutlich oftmals nicht von ihren Eltern betreut werden. Das Ganze ist auch finanziell und ökologisch überhaupt nicht nachhaltig. Die stadträtliche Vorlage für die M&I-Einführung findet er überhaupt nicht gut.

Bernhard Bonjour (SP) möchte als Einzelsprecher der SBK auch noch ein paar Argumente für die Beratung mitgeben, da er betreffend der Vorlage doch grosse Bedenken hat. Selbstverständlich soll das M&I-Fach eingeführt werden, zumal wir gemäss Landratsbeschluss dazu auch verpflichtet sind. Auch ist es sinnvoll, wenn man sich in der Schule mit den neuen Medien auseinandersetzt und gewisse Dinge auch kritisch hinterfragt, wofür die Geräte auch zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist aber schon eine Frage, in welchem Ausmass dies passieren soll. Und die wichtigste Frage ist wohl auch, ob die Schule dies so umsetzen und durchschlagen darf, wenn auch der Privatbereich und die Familien stark tangiert sind. In der stadträtlichen Vorlage stehen gescheite Sachen und Vorsätze, so soll die sinnliche Erfahrung und Realanschauung weiterhin zentral bleiben. Wenn aber die FDP-Sprecherin sagt, dass iPads täglich und in jedem Fach verwendet werden sollen, so muss stark in Frage gestellt werden, ob überhaupt noch klar ist, was in der Primarschule noch zentral sein soll. Denn der direkte und unmittelbare Kontakt sowie die persönliche Beziehung sind doch das Allerwichtigste. Aus der praktischen Erfahrung kann er die Aussage unterstützen, dass es genügend Support für die Geräte braucht. Dem Bericht und Konzept kann er sehr viel Euphorie entnehmen. Alle Bereiche der Schulen müssen laut diesem Bericht Informatik anwenden. Und wenn Lehrkräfte etwas zögerlich und/oder misstrauisch sind, sollen diese mit Kursen und Weiterbildungsverpflichtungen dazu gezwungen werden, mitzuziehen. Auch ist die Tendenz «je mehr, desto besser» sowie «je früher, desto besser» immer wieder erkennbar, was ganz unpädagogische Aussagen sind. Selbstverständlich muss man nach dem Schulabschluss und vor dem Einstieg ins Berufsleben ganz viele Kenntnisse über die Informatik haben und muss man diese auch anwenden können. Dies ist aber noch lange kein Grund dafür, dass die M&I-Einführung schon in der Primarschule passieren soll. Aus seiner persönlichen Erfahrung mit Schulen ist er nicht ganz so euphorisch: Wahnsinnig viele tolle Lehrmittel sowie Übungsformen sind online nicht vorhanden. Er schätzt, dass von 10 Online-Übungen 9 nicht brauchbar sind. Auch glaubt er nicht, dass damit die Chancengerechtigkeit erhöht wird. Er hat es ständig mit Familien zu tun, die Probleme mit den digitalisierten Medien haben und wo die Eltern die pädagogische Verantwortung gegenüber ihren Kindern nicht oder nur beschränkt wahrnehmen. So kommen viele Kinder unter die Räder, weil zu viel auf sie einströmt und weil sie völlig verwirrt sind, weil sie beispielsweise unkontrollierten Internetzugang haben. Häufig gleiten sie dann auch in die Sucht ab: In diesen Tagen konnte man immer wieder in den Medien lesen, wie die Kinder- und Jugendpsychiatrien überfordert sind. Es ist richtig, dass M&I in den Schulen thematisiert wird, doch findet er es völlig falsch, wenn Primarschülern ein iPad mit nach Hause gegeben wird. Denn damit würde man gerade denjenigen Eltern in den Rücken fallen, welche ihre Verantwortung wahrnehmen, Regeln aufstellen und Grenzen setzen. Bei sozial benachteiligten Kindern sind die Eltern eben nicht präsent, wenn ihre Kinder die iPads zu Hause nutzen. Dies wäre dann genau das Gegenteil von Chancengerechtigkeit. Er findet die Sprache sehr wichtig, denn diese ist immer verräterisch und man muss sie ernst nehmen. So liest er im Konzept von einer M&I-Offensive. Das Wort Offensive heisst Angriff. Wer soll denn nun hier angegriffen werden und wer bleibt am Schluss auf der Strecke? Sind es die skeptischen Lehrer oder beispielsweise Eltern, die ihre Verantwortung wahrnehmen wollen? Eltern dürften wohl kaum ihre eigenen Regeln definieren können, wenn ihr Kind mit einem iPad nach Hause kommt für die Hausaufgaben. Oder bleiben am Schluss die Kinder auf der Strecke, obwohl es der pädagogische Auftrag ist, diesen Schutz zu gewähren und sie nicht zu früh allem aussetzen zu wollen? Und wenn man schon bei der kriegerischen Sprache ist, gibt es ja auch noch die Kollateralliefer und dies dürften im vorliegenden Fall die Lehrkräfte sein. In unserem Staat gibt es ja keine Angriff-Ministerien, sondern nur Ministerien zur Verteidigung. Alle Kriege werden immer mit der Argumentation geführt, dass man sich aus Angst wehren müsse, ansonsten komme man unter die Räder. Und hinter dieser M&I-Offensive gibt es genau die Angst, dass Andere bereits

weiter sind und man selbst ins Hintertreffen gelangen könnte. Diese Angst ist ja vielleicht auch berechtigt, doch muss man nun nicht alles und ohne gross zu überlegen auf die Primarstufe hinunterbrechen. Angst ist ein ganz schlechter Ratgeber. Bei Kriegen steht ja oftmals ein übermächtiger Verbündeter im Hintergrund, welcher die Offensive schon längst vorbereitet hat. Schon vor rund 20 Jahren sind Lehrkräfte von der Firma Apple beispielsweise für 3 Tage nach Schweden eingeladen worden. Bei der sogenannten Konferenz konnten Geräte der Gastgeberin in einer Ausstellung besichtigt werden und auch die Vernetzung mehrerer Geräte an Schulen wurde demonstriert. Diese Offensive ist also bereits vor 20 Jahren lanciert worden, und jetzt forciert unser Kanton mit der Anschaffung solcher Geräte und die Umsetzung von M&I. Die Schule muss nicht immer mit wehenden Fahnen in der Offensive sein, sondern müsste die Interessen der Kinder und ihrer Zukunftschancen wahrnehmen, gleichzeitig aber auch Traditionen vermitteln sich immer wieder Gedanken darüber machen, was nun sinnvoll ist und was nicht. Die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission soll bitte sehr kritisch die stadt-rätliche Vorlage prüfen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) legt dar, dass bereits viel gesagt wurde und doch ein gewisser Kulturkampf ausgefochten wird sowie verschiedene Ideologien vertreten werden. Lustigerweise hat er ähnliche Bedenken, auch wenn sie von der anderen Seite kommen. Er ist überzeugt davon, dass eine Schulung bereits in der Primarschule Sinn macht, zumal die meisten Schüler ab der 5./6. Klasse bereits ein Handy besitzen. Das kann man nun gut oder schlecht finden, es ist aber die Realität. Und trotzdem sieht er die ganze Vorlage kritisch und er stellt sich auch die Frage, wie viel nun wirklich notwendig ist. Die 1:1-Lösung bei den älteren Primarschülern kann er schon noch verstehen, aber wenn bereits im Kindergarten eine 1:8-Lösung vorgeschlagen wird, muss er einen sinnvollen Einsatz von iPads doch auch hinterfragen. Experten raten ja, dass es vor dem 6. Altersjahr überhaupt keinen Bildschirm geben soll. Und muss es für alle Zeiten ein amerikanischer Premium-Hersteller sein, nur weil dieser bereits vor Jahrzehnten ein sinnvolles Angebot hatte? Vielleicht gibt es auch günstigere Lösungen anderer Hersteller. Soll man etwas von einem Hersteller kaufen, was alle 3 – 4 Jahre ersetzt werden muss? Die Meinung, dass die Schule in die Erziehung der Eltern eingreift, sieht er persönlich überhaupt nicht. Kinder sollen nicht überfordert werden, dürfen aber auch nicht unterfordert sein. Dass man jedem Kind ein Tablet wegen der Chancengleichheit nach Hause gibt, findet er ja grundsätzlich noch gut, doch dann muss zu Hause auch ein entsprechender WLAN-Anschluss zur Verfügung stehen. Die M&I-Einführung müsste von der SBK schon bis ins Detail durchgedacht und diesbezügliche Fragen geklärt werden. Er hofft, dass man eine Lösung in Kooperation finden wird und nicht auf Konfrontation gehen muss.

Eva Eugster (FDP) findet, dass schon ein paar Dinge mit einer solchen Überzeugung gesagt wurden, die so nicht stimmen und unbedingt berichtigt werden müssen. Sie selbst unterrichtet eine Sekundarschulklasse seit drei Jahren mit iPad-Erfahrung. Es werden nicht nur Online-übungen mit dem iPad gemacht, welche angeblich nicht brauchbar sind, gibt es doch noch sehr viele andere Nutzungsmöglichkeiten. Und es gibt auch keine Lehrpersonen mit Computerängsten, vielmehr schätzen diese den Mehrwert und all die Vorteile, von welchen man beim Gebrauch von iPads profitieren kann. Natürlich sind auch ihnen Probleme betreffend dem Handy-Gebrauch durch Schüler bekannt. Und es ist nicht so, dass beispielsweise alle Hausaufgaben mit dem Computer gemacht werden müssen. Nach wie vor haben wir keinen vollumfänglichen iPad-Unterricht. Die Begegnungen mit den Lehrpersonen und anderen Schülern sind wichtig und die Sozialkompetenz steht beim Unterrichten immer noch an wichtigster Stelle. Natürlich ist ein Teil der Schulbücher bereits digitalisiert worden und so müssten die Schüler auch weniger schleppen, wenn ihnen diese digital zur Verfügung stehen.

Stadtrat Lukas Felix teilt mit, dass er nicht alle Voten kommentieren und sich zu all den gemachten Aussagen äussern möchte, zumal das Geschäft ja auch nicht an der heutigen Sitzung direkt beraten werden soll. Er wird bei der Vorberatung des Geschäfts in der SBK aber sicher noch Antworten zu den heute geäusserten Bedenken geben. Es hatte ihn heute aber schon etwas gestört, dass anscheinend das Vertrauen in die Lehrpersonen fehlt, dass diese die Geräte sinnvoll einsetzen und die Kinder von einem Mehrwert profitieren können. Und dass

Kinder unter 6 Jahren pro Woche 1 Stunde Bildschirmzeit haben sollen, ist doch absolut unrealistisch und betreffend dem Gebrauch elektronischer Mittel ist auch Liestal keine Insel. Eigentlich hätte man schon vor zehn Jahren erste Schritte im Bereich M&I machen müssen. Es braucht tatsächlich eine Offensive, denn wir hinken diesbezüglich wirklich hinterher. Die internationale Entwicklung geht halt schon in diese Richtung und es braucht Buben und Mädchen, welche sich für die Technik, Naturwissenschaften usw. interessieren. Und es ist schon eine Frage der Chancengerechtigkeit, denn nicht alle Erziehungsberechtigten in Liestal haben die Möglichkeit, ihre Kinder zu Hause beim Gebrauch von iPads usw. unterstützen zu können. Auch findet er es störend, wenn versucht wird, die verschiedenen Lernformen gegeneinander auszuspielen. Diese konkurrieren sich nicht, denn der M&I-Unterricht ist eine Ergänzung und man lernt nach wie vor normal schreiben, obwohl man ein iPad hat. Er ist froh, dass man in der SBK aufzeigen kann, weshalb die Primarschule Liestal, der Schulrat und auch der Stadtrat die Einführung des Schulfaches M&I eine gute Idee finden. Wohl alle dürften schliesslich das Ziel haben, dass wir unsere Kinder nicht auf die Vergangenheit, sondern in geeigneter Form auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Natalie Oberholzer (GL) meint, dass die SBK schon einmal genau hinschauen müsste, denn vermutlich ist der Kanton Baselland hinsichtlich dem M&I-Unterricht eine Insel, denn diesbezüglich handhaben es viele andere Kantone ganz anders.

Daniel Jurt (SVP) teilt mit, dass aus methodischen Gründen das M&I-Schulfach durchaus Sinn macht, doch sollte von der SBK genau geprüft werden, ab welchem Altersjahr dies passieren soll.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über den Überweisungsantrag abgestimmt werden kann.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2022-151 an die Kommission Soziales/Bildung/Kultur (SBK) zur Vorberatung überwiesen.

229 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Verkehrszunahme Sigmundstrasse – Interpellation «Verkehrszunahme an der Sigmundstrasse» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-138)

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und beantwortet diese wunschgemäss.

Zur Frage 1: Der Stadtrat unterstützt es, dass die Sigmundstrasse als Quartierstrasse erhalten bleibt und es dort keinen Schleichverkehr gibt. Aus diesem Grund gilt dort auch Tempo 30. Die Sigmundstrasse ist nicht nur eine Quartier-, sondern auch Zubringerstrasse für Handwerksbetriebe und die Zollschule. Gemäss Beobachtungen der Stadt wird diese Strasse aber absolut nicht für den Durchgangsverkehr missbraucht. Verkehrsbeschränkungen bedürfen klaren Indizien, dass ein Schleichverkehr besteht. Die Eltern der christlichen Schule werden schriftlich dazu aufgefordert, dass sie die Parkplätze entlang der Kasinostrasse benützen, wenn sie ihre Kinder zur Schule bringen.

Zur Frage 2: Um auf einer Gemeindestrasse nur den Zubringerdienst gestatten zu können, müsste gemäss Bundesempfehlung ein starker Durchgangsverkehr gegeben sein, wie dies bei der Spitteler- und Rehhagstrasse der Fall war, welche wirklich vom motorisierten Verkehr als Abkürzung missbraucht wurden. Die Sigmundstrasse ist aber keine Abkürzung gegenüber dem direkten Weg zwischen der Kasernenstrasse und der Kasinostrasse, sondern eher ein Umweg.

Zur Frage 3: Ja, ein Einbahnregime in der Sigmundstrasse ist theoretisch möglich, doch müsste dies mit den betroffenen Anwohnern und Betrieben noch genauer angeschaut werden.

Vreni Wunderlin (GLP) ist mit den Antworten nicht ganz zufrieden und wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion beilligt wird.

Vreni Wunderlin (GLP) informiert, dass sie als Anwohnerin der Sigmundstrasse den Verkehr in der Sigmundstrasse etwas anders wahrnimmt. Der Stadtrat könnte vielleicht doch einmal mit den betroffenen Anwohnern das Gespräch suchen. Denn Lastwagen von der Kasernenstrasse kommen nicht um den Rank und müssen oftmals wieder retour fahren, die Strasse wird von vielen Schulkindern frequentiert und bei Strassensperrungen haben Automobilisten vielfach das Gefühl, dass die Sigmundstrasse eine geeignete Abkürzung sein könnte. Mit der Neugestaltung der Kasinostrasse dürfte der Verkehr in der Sigmundstrasse vermutlich auch noch Änderungen erfahren.

Stadträtin Marie-Theres Beeler meint, dass man durchaus einmal Abklärungen mit anderen Sigmundsstrassen-Anwohnern treffen könnte. LKW-Fahrer dürften wohl auf ihrem Navigationsgerät den Engpass in der Sigmundstrasse erkennen und entsprechend handeln, damit sie nicht wieder retour fahren müssen. Die Sigmundstrasse ist nicht nur eine Wohnquartierstrasse, sondern dient auch der Erschliessung von Gewerbebetrieben usw.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-138 durch den Stadtrat.

230 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Sicherheit für Langsamverkehr – Postulat «Sicherheit für den Langsamverkehr im Glindweg – Industriegasse – Schönthalweg» von Vreni Wunderlin und Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-139)

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, den neuen Vorstoss zu übernehmen. Die Industriegasse ist im Jahr 2023 bezüglich Wasser- und Fernwärmeleitungen in Planung. In diesem Zusammenhang wird auch die Sicherheit für den Langsamverkehr angeschaut. Der Schönthalweg wird ausgebessert und in diesem Zusammenhang auch der Erhalt der Bäume sowie ein sicherer Fussgängerverkehr als Mergelweg geprüft. Der Stadtrat ist auch beim Glindweg an der Arbeit.

Vreni Wunderlin (GLP) dankt als Postulantin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion für die Bereitschaft des Stadtrates, den Vorstoss übernehmen zu wollen. Ihr sind verschiedene gefährliche Situationen für Velofahrer und Fussgänger bei den im Vorstoss erwähnten Strassen aufgefallen. Anmerken möchte sie noch, dass der Privatweg bei der Unteren Wanne für den Durchgang gesperrt wurde, hat sich der Fussgängerverkehr vermehrt auf den Glindweg verlagert. Für die stadträtliche Prüfung des Vorstosses danken die Postulanten bestens.

Yves Jenni (GLP) hält als Mitpostulant fest, dass er keine Ergänzungen anbringen möchte.

Lukas Heinzelmann (SVP) berichtet als SVP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion die Postulatsüberweisung unterstützen wird. In diesem Zusammenhang könnten andere Nebenstrassen hinsichtlich den Sicherheitsbelangen für den Langsamverkehr angeschaut werden.

Vreni Baumgarten (GL) orientiert als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass man das Postulat ebenfalls unterstützt. Die Wege und Strassen für den Langsamverkehr und die Fussgänger sollten eigentlich besser unterhalten werden als diejenigen Strassen für die grossen Fahrzeuge. Insbesondere die Leute mit einer eingeschränkten Mobilität sind darauf angewiesen, dass die Strassen sowie Wege in einem guten Zustand sind.

Dominique Meschberger (SP) äussert als SP-Fraktionssprecherin, dass man der Postulatsüberweisung ebenfalls zustimmen wird. Der Glindweg ist ihr Arbeitsweg und so kann sie die Sicherheitsproblematik für den Langsamverkehr bestätigen.

Werner Fischer (FDP) informiert als Sprecher der FDP-Fraktion, dass das Postulat ebenfalls unterstützt wird. Man findet es gut, dass auch von der Stadt bei Weg- und Strassenbauten der Einbau von Mergel und versickerungsfähigen Materialien geprüft wird.

Stefan Fraefel (Die Mitte) bemerkt als Einzelsprecher, dass vom Stadtrat noch Informationen bezüglich dem Glindweg gemacht werden sollten, da er diesen Weg doch sehr gefährlich findet. Dieser ist sehr schmal, Strassenborde sind abgerutscht usw. Dieser Weg ist ein wichtiger Velo- und Schulweg und wird von zahlreichen verschiedenen Verkehrsmitteln befahren. Beim Glindweg gilt immer noch Tempo 80, was bei den teilweise prekären Verhältnissen und dem Mischverkehr doch recht problematisch ist und genauer angeschaut werden sollte. Zumindest eine Temporeduktion sollte zügig umgesetzt werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler versichert, dass auch der Glindweg angeschaut wird, obwohl dieser eigentlich fahrtauglich ist. Die geschilderten Probleme des Vorredners kann sie teilweise bestätigen und insbesondere die Temporeduktion wird man prüfen. Beim Glindweg gibt es unterschiedliche Bedürfnisse, wollte man dort doch auch schon eine Velo-Schnellstrasse machen, doch wäre das mit dem Fussgängerverkehr wohl kaum verträglich gewesen. Auch muss man sich bewusst sein, dass die Verkehrsteilnehmer noch schneller unterwegs sind,

sobald sich der Strassenzustand verbessert hat. So müssen auch immer Interessenabwägungen vorgenommen werden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2022-139 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

231 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Stellvertretung in Kommissionen – Verfahrenspostulat «Stellvertretung in Kommissionen» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-140)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert namens des Büros darüber, dass das Büro bereit ist, den Vorstoss zu übernehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert als Postulant namens der SVP-Fraktion darüber, dass das Wichtigste im Vorstoss formuliert ist. Das Begehren seiner Fraktion kann ja im Zusammenhang mit der bevorstehenden Teilrevision des ER-Geschäftsreglements angeschaut werden.

Daniel Schwörer (FDP) führt als Sprecher der FDP-Fraktion aus, dass seine Fraktion aus dem vorgängig genannten Grund die Polstulatsüberweisung unterstützen wird.

Stefan Fraefel (die Mitte) erklärt auftrags der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass man das Postulat nicht überweisen möchte, da kein wirklicher Mehrwert erkennbar ist, würde man die bisherige Regelung ändern. Die Kontinuität in der Kommissionsarbeit ist wichtig und diese wäre bei einer Umsetzung des SVP-Vorschlages nicht mehr gewährleistet. Auch die Achtung des Kommissionsgeheimnisses ist sehr wichtig, weshalb auch nur die Kommissionsmitglieder und die Ersatzmitglieder wichtige Informationen erhalten. Das Postulat dürfte gerade für die kleineren Fraktionen mehr Vorteile als für die grösseren Fraktionen haben.

Vreni Baumgartner (GL) äussert als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass das Verfahrenspostulat in ihrer Fraktion doch zu grösseren Diskussionen geführt hatte, obwohl man die Prüfung möglicher Stellvertretungen sehr begrüsst. Dies sollte aber vor allem bei längeren Abwesenheiten wegen Krankheit, Mutterschaftsurlaub usw. möglich sein, damit die Demokratie gewährleistet bleibt. Beim vorliegenden Verfahrenspostulat spricht man sich aber gegen eine Überweisung aus, da der Vorschlag der Postulanten doch eher fragwürdig ist. Die wichtigsten Punkte wurden bereits vom Sprecher der Mitte-Fraktion erwähnt. Und sollten die Fraktionen aus ihrer Mitte eine Kommissionsvertretung bei Abwesenheit von ordentlichen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern bestimmen können, so könnte dies willkürlich missbraucht und ausgenutzt werden, möchte man anstelle gewählter Kommissionsmitglieder einfach ein anderes Fraktionsmitglied an eine Kommissionssitzung schicken wollen.

Bernhard Bonjour (SP) berichtet, dass die SP-Fraktion der Postulatsüberweisung an das Büro unterstützen wird, doch sollten die geäusserten Bedenken vom Büro gebührend bei der Beratung und Beschlussfassung berücksichtigt werden. Die Umsetzung des SVP-Vorschlages dürfte beispielsweise insbesondere bei der GPK schwierig werden, welche oftmals vertrauliche Geschäfte zu beraten hat.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen wird das Verfahrenspostulat Nr. 2022-140 der SVP-Fraktion an das Büro überwiesen.

232 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Rettungszentrum – Interpellation «Neues Rettungszentrum» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-141)

Stadträtin Pascale Meschberger nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und stellt fest, dass es beim Vorstoss um ein wichtiges Anliegen geht. Beim neuen Rettungszentrum-Projekt handelt es sich um einen langwierigen Prozess mit verschiedenen Playern wie das Kantonsspital Baselland, der Kanton, die Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal SRFWL, die Gebäudeversicherung Baselland, die Investoren usw. Während den Verhandlungen konnten keine Aussagen gemacht werden, doch im letzten Sommer ist man zu einem Resultat gekommen und auch das Baugesuch konnte eingereicht werden, wie dies vom Interpellanten in seinem Vorstoss erwähnt wird. Bei der Rettungswacht sollen die Rettungsfahrzeuge des Kantonsspital Platz finden und dank der Lage sollten auch die Rettungszeiten erreicht werden können. Eine Synergiennutzung der Sanitäts-Rettungsfahrzeuge und der SRFWL macht Sinn und ein ähnliches Projekt existiert bereits in Reinach. Bei der Standort-Evaluation wurde der Ausbau des jetzigen Feuerwehr-Magazines angesichts der zu erwartenden Folgekosten schon bald einmal verworfen und der Altmarkt-Standort als beste Lösung beurteilt, da man von dort aus auch auf direktem Weg auf die Autobahn gelangt und auch die beiden Frenkentaler in Kürze erreicht. Hinsichtlich der Finanzierung findet man es die beste Lösung, wenn das Gebäude von einem Investor gebaut wird und sich die Feuerwehr sowie das Kantonsspital einmieten. Die zweite Frage der Interpellation, ob die Rettungswacht neu günstiger oder teurer für die Stadt Liestal werden wird, kann sie nicht genau beantworten. Für Liestal dürften gemäss aktuellen Kenntnissen die Mietkosten rund TCHF 15 höher sein als aktuell. Das jetzige Feuerwehrmagazin ist aber doch recht marode, weshalb grössere Investitions- und Sanierungskosten nicht auf Liestal zukommen werden. Langfristig könnte die Rettungszentrum-Lösung eventuell sogar billiger kommen. Im Zusammenhang mit der Frage, ob mit dem Vorgehen das Stimmvolk umgangen wird, kann festgehalten werden, dass es sich nicht um ein Projekt der Stadt Liestal handelt. Wie vorgängig erwähnt, sind nebst der Stadt Liestal noch weitere Vertragspartner involviert, so unter anderem die SRFWL, welche ein Zweckverband ist. Der Legislaturauftrag ist eine gut funktionierende Feuerwehr und die Exekutive muss für die Umsetzung besorgt sein. Somit müsse weder beim Stimmvolk noch beim Einwohnerrat die Bewilligung für die Realisierung des neuen Rettungszentrums im Altmarkt eingeholt werden. Zudem liegen die Folge- bzw. Mietkosten im Kompetenzbetrag des Stadtrates. Abschliessend kann sie darüber informieren, dass von den Vertragsparteien zwischenzeitlich auch ein Letter of Intent bezüglich dem neuen Rettungszentrum unterzeichnet werden konnte. Die Eröffnung des neuen Rettungszentrums sollte anfangs 2025 stattfinden.

Daniel Jurt (SVP) dankt für die stadträtlichen Antworten und wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Daniel Jurt (SVP) hält fest, dass mit dem neuen Projekt ja die Mieteinnahmen beim Feuerwehrmagazin des SRFWL-Zweckverbandes logischerweise wegfallen würden. Künftige müsste dann die Stadt sich bei einem privaten Investor einmieten. Investoren haben ja meist die Eigenheit, dass sie das investierte Geld auch wieder zurückbekommen. Wie geht man denn dann vor, wenn der Investor nach ein paar Jahren die Mietzinsen erhöhen möchte? Grundsätzlich möchte er jedoch das Projekt Rettungszentrum mit der Synergiennutzung zwischen Feuerwehr und Rettung nicht in Frage stellen, zumal der Altmarkt-Standort optimal ist.

Stadtrat Pascale Meschberger informiert, dass auch die Stadt Liestal relativ gut abgesichert ist, wird doch ein Mietvertrag mit einer Vertragsdauer von 30 Jahren abgeschlossen.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, dass die Feuerwehr eine öffentliche Aufgabe ist, wie dies bereits erwähnt wurde und doch ein sensibler Bereich ist. Es wäre gut und schön, wenn der Stadtrat bezüglich dem Rettungszentrum-Projekt etwas offensiver informiert hatte, damit die Bevölkerung und auch der Einwohnerrat wissen, um was es geht, wenn sie von einem Baugesuch aus dem Amtsblatt erfahren.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-141 durch den Stadtrat.

233 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Zubringer Gartenstrasse und Schwiriquartier – Interpellation «Zubringer gestattet für Gartenstrasse und Schwiriquartier» von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion (Nr. 2022-148)

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und hält fest, dass die heutige Situation für den Langsamverkehr nicht ganz einfach ist, wie dies vom Interpellanten in seinem Vorstoss beschrieben wird. Die Anfragen von Passanten bezüglich dem Weg ins Oristal dürften aber temporär und nicht von zu langer Dauer sein, weshalb der diesbezügliche Nebensatz im Vorstoss nicht als Kernaussage interpretiert werden sollte.

Zur Frage 1: Quellenweg und Weidweg sind ja bereits heute schon mit einem Fahrerbot mit Zubringerdienst beschildert. Dies ist bei der Gartenstrasse und dem Ruftseinweg nicht der Fall, wobei diese zwei Strassen keine Durchgangsstrassen sind und in eine Sackgasse führen. Der Nutzen für eine zusätzliche Beschilderung analog dem Quellenweg und dem Weidweg dürfte deshalb nicht erkennbar sein. Zudem würde es auch nicht weh tun, wenn man ein Fahrverbot mit Zubringerdienst bei der Einfahrt in die Gartenstrasse anbringen würde.

Zur Frage 2: Der Stadtrat möchte den Abschluss der Bautätigkeiten abwarten und dann den Vorschlag des Interpellanten in einer Gesamtbetrachtung nochmals neu prüfen.

Zur Frage 3: Die Absage bzw. ablehnende Haltung hat er bereits vorgängig beantwortet und begründet.

Beat Gränicher (SVP) dankt für die Antworten und wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion beilligt wird.

Beat Gränicher (SVP) möchte ergänzend festhalten, dass bei den im Vorstoss erwähnten Fragestellern bezüglich dem Weg ins Oristal nicht Fussgänger, sondern Autofahrer gemeint sind. Es ist richtig, dass es sich bei der Gartenstrasse um keine Durchgangsstrasse handelt. Der dortige unnötige Autoverkehr ist auf Automobilisten zurückzuführen, welche in dieser Strasse meist erfolglos einen freien Parkplatz suchen. Die zusätzliche Beschilderung würde wohl nicht nur ihn als betroffenen Anwänder freuen.

Stadtrat Daniel Muri zieht es in Betracht, dass er dem Interpellanten diese Freude machen kann.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-148 durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) wünscht allen Einwohnerrats- sowie Stadtratsmitgliedern und Anwesenden im Saal frohe und besinnliche Weihnachtstage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Dem Stadtrat möchte sie an dieser Stelle noch den besten Dank für den im Anschluss an die Sitzung offerierten Apéro im Rathaus aussprechen.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann